

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Resultat der Feststellungen des Mitgliederbestandes in den Zahlstellen vom 14. September 1918.

717 Zahlstellen haben die Karte Nr. 17 für den 14. September eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 61 849. Hiervon sind seit Ausbruch des Krieges bis zum 14. September 41 762 oder 67,52 pZt. zum Militär eingezogen. Vom Militär zurückgemeldet haben sich seit dem 1. Juli dieses Jahres 497 Mitglieder. Als gefallen gemeldet waren bis zum 28. September 3512 Mitglieder. Arbeitslos waren am 14. September 23 Mitglieder, dagegen standen 19 602 Mitglieder in Arbeit und 462 Mitglieder waren krank.

Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen von der Gesamtzahl der nachgewiesenen Mitglieder verbleibt ein Bestand von 20 087 Mitgliedern. Hiervon waren arbeitslos 0,11 pZt., krank 2,30 pZt. und in Arbeit standen 97,70 pZt. 34 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Den Stand in den einzelnen Provinzen und Bundesstaaten veranschaulicht diese Tabelle:

Provinzen oder Bundesstaaten	Anzahl der an den Fest- stellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Einfache 3) sind					Zur Arbeit nach auswärts bereit
	Zahlstellen	Mitglieder	zum Militär eingezogen	arbeitslos	in Arbeit	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	
Ostpreußen	18	1204	838	—	361	5	12	
Westpreußen	13	1499	976	—	516	7	—	
Brandenburg	66	5865	3323	6	2495	41	3	
Pommern	44	1541	1050	1	476	14	—	
Posen	16	434	309	—	123	2	—	
Schlesien	55	4693	3348	4	1310	21	1	
Sachsen	64	4607	2846	—	1739	22	1	
Schleswig-Holstein	49	2394	1676	3	694	21	1	
Hannover	46	2593	1793	—	786	14	—	
Westfalen	23	1280	979	—	293	8	1	
Hessen-Nassau	17	2419	1792	—	618	9	—	
Rheinland	18	3206	1994	—	1191	21	—	
Preußen	429	31735	20924	14	10602	195	19	
Bayern	50	4180	2687	—	1449	44	10	
(Rheinpfalz)	4	361	200	—	152	9	—	
Sachsen	59	11621	8383	4	3134	100	—	
Württemberg	10	1371	965	—	402	4	—	
Baden	6	820	583	—	229	8	—	
Hessen	7	685	443	—	238	4	—	
Mecklenburg-Schwerin	50	1590	963	—	619	8	—	
Sachsen-Weimar	11	849	614	—	229	6	—	
Mecklenburg-Strelitz	9	278	170	—	103	5	—	
Oldenburg	10	694	528	—	160	6	—	
Braunschweig	13	598	382	—	207	9	—	
Sachsen-Meiningen	7	286	243	—	43	—	—	
Altenburg	8	444	300	—	136	8	—	
Coburg-Gotha	7	593	468	—	121	4	—	
Anhalt	8	353	222	—	127	4	—	
Schwarzburg-Sondersh.	2	101	70	—	30	1	—	
Rudolstadt	6	202	161	—	39	2	—	
Waldeck	2	25	24	—	1	—	—	
Reuß a. L. (Greiz)	2	110	104	—	6	—	—	
i. L. (Gera)	3	229	169	—	59	1	—	
Schaumburg-Lippe	3	81	64	—	17	—	—	
Lippe-Deimold	3	46	43	—	3	—	—	
Lübeck	2	405	250	—	147	8	—	
Bremen	1	1234	792	—	431	11	—	
Hamburg	4	2835	1919	5	886	25	5	
Elbsaß-Lothringen	1	123	91	—	32	—	—	
Deutsches Reich	717	61849	41762	23	19602	462	34	

Von dem Zahlstellen- und Mitgliederbestande vor dem Kriege (819 Zahlstellen, 62 673 Mitglieder) wurden durch die Feststellungen am 14. September erfasst 87,55 pZt. der Zahlstellen und 98,69 pZt. der Mitglieder.

Nachstehend aufgeführte Zahlstellen haben das Ergebnis der Feststellungen für den 14. September nicht oder zu spät eingekandt. Die zu spät berichtet haben, sind durch einen Stern (*) kenntlich gemacht.

Brandenburg: Bernau, Frankfurt a. d. O., Fürstenwalde, Guben, Landsberg a. d. W., Lübben-Stiehl, Trebbin.

Pommern: Uthmann, Böckh.
Provinz Sachsen: *Solbitz, *Stassfurt.
Schleswig-Holstein: Brunsbüttel.
Hannover: Göttingen, Hildesheim, Neuhaus a. d. Elbe.
Bayern: *Passau.
Rheinpfalz: Landau.
Königreich Württemberg: Mürtingen, Tübingen, Ulm.
Baden: Freiburg.
Sachsen-Meiningen: *Saalfeld.
Anhalt: Dessau, Riesa, Burg a. d. S.
Elbsaß-Lothringen: Straßburg.

Die Karte Nr. 16 für den 31. August ist, nachdem das Resultat der Feststellungen für die Veröffentlichung im „Zimmerer“ Nr. 37 zusammengestellt war, nach aus 23 Zahlstellen eingegangen, die insgesamt 1753 Mitglieder nachweisen. Davon waren zum Militär eingezogen 1206, arbeitslos —, krank 16, und 531 Mitglieder standen in Arbeit.

Das Endresultat für den 31. August stellt sich demnach wie folgt: 732 Zahlstellen haben die Karte Nr. 16 eingekandt; sie weisen einen Mitgliederbestand nach von zusammen 62 689. Hiervon waren seit Ausbruch des Krieges bis 31. August 42 388 zum Militär eingezogen. Vom Militär zurückgemeldet haben sich seit dem 1. Juli dieses Jahres 417 Mitglieder. Arbeitslos waren am 31. August 32; dagegen standen 19 804 Mitglieder in Arbeit, und 465 waren krank. 34 Mitglieder waren zur Annahme von Arbeit nach auswärts bereit. Nach Abzug der zum Militär Eingezogenen konnten mithin die berichtenden Zahlstellen noch einen Mitgliederbestand von zusammen 20 301 nachweisen.

Der Termin der nächsten Feststellungen ist Sonnabend, 28. September. An diesem Tage ist die Karte Nr. 18 auszufüllen und sofort einzusenden.

Mehr fleischlose Wochen?

Die ersten beiden fleischlosen Wochen haben wir glücklich hinter uns. Es sind uns aber noch zwei weitere bis zum 1. November im Ausblick gestellt. Schon taucht da oder dort der Gedanke auf, diese fleischlosen Wochen müßten im nächsten Winter wiederholt werden. Einige Kreise wünschen sogar, daß die fleischlosen Wochen eine dauernde Einrichtung werden, so daß wir also jährlich mit 16 fleischlosen Wochen beglückt werden sollten. Was wir in diesen fleischlosen Wochen genießen sollen, darüber machen sich diese Kreise vielleicht weniger Kopfzerbrechen. Der Vorschlag geht ja aus von der Landwirtschaft, die von den fleischlosen Wochen am allerwenigsten berührt ist. Daß die Bewohner der Großstädte, besonders die schwerarbeitende Bevölkerung, dauernd nicht mit 3 Pfund Kartoffeln oder einem halben Pfund Wehl als Ersatz auskommen kann, braucht nicht besonders betont zu werden; denn von trockenen Kartoffeln oder etwas Wehl kann man kaum seine Gesundheit, viel weniger seine Arbeitskraft aufrechterhalten. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat nicht un- recht, wenn er demgegenüber sich auf den Standpunkt stellt, daß die Konsumenten mit einigen fleischlosen Wochen sich abgefunden haben, weil sie die Notwendigkeit ein- sehen, unsern Viehhäfen etwas aufzubessern. Man kann jedoch nicht einsehen, daß die fleischlosen Wochen wiederholt oder gar eine dauernde Einrichtung werden sollen, lediglich um dem Landwirt die Möglichkeit zu geben, mehr Vieh in den Schleichhandel zu bringen. In Bayern gab ja, wie der „Bayer. Kurier“ im Nr. 221 berichtet, eine bayerische amtliche Stelle bekannt, daß 400 000 Rinder im letzten Vierteljahr schwarz geschlachtet worden sind. Das Blatt fragt: „Wie viele Schweine mögen im gleichen Zeit- raum um die Ecke gegangen sein, wie viele tausende Pen- ner Schmalz, wie viele Millionen Eier? Durch dieses ge- meinschaftliche Treiben würde sehr bald unsere ganze Ver- lebensmittelversorgung über den Haufen geworfen werden. Natürlich schimpft das Blatt weidlich auf die „zahlungs- trächtigen Kriegsgewinnler und sonstigen Leute, die sich vom Nichtstun in den Sommerfrischen und Kurorten „erholen“ müssen“. Das ist richtig. Aber an diesem gemeinschaftlichen Treiben sind nicht nur die Kriegsgewinnler, sondern auch die Landwirte schuld. Wenn sie die 400 000 Rinder nicht zum Schwarzschlachten hergegeben hätten, hätten die Kriegsgewinnler sicherlich kein Fleisch ohne Fleischkarte in den Restaurants bekommen. Wenn jetzt weitere fleischlose Wochen eingeführt werden sollten, dann würde ledig- lich damit erreicht, daß die Schwarzschlach-

tungen noch mehr zunehmen. Die minder- bemittelte und schwerarbeitende Bevölkerung müßte also noch mehr entbehren, um den Kriegsgewinnlern die Möglichkeit zu geben, noch besser leben zu können. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen fordert da- her mit Recht, daß die fleischlosen Wochen nur dann wieder-holt werden dürfen, wenn eine unabwendbare Notwendig- keit dafür vorliegt, das heißt wenn nachgewiesen wird, daß trotz restloser Erfassung des Viehes unser Viehhäfen noch weiter erheblich abnimmt. Solange aber noch Vieh schwarz geschlachtet werden kann, solange noch Fleisch im Ueber- fluß im Schleichhandel zu haben ist, solange man in Kur- orten, in Pensionaten, in Restaurationen noch ohne Karten Fleisch haben kann, solange darf man der Bevölkerung nicht zumuten, fleischlose Wochen auf sich zu nehmen.

Verbandsnachrichten.

Rechnungsabluß

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter
Berufsgenossen Deutschlands über das 2. Quartal 1918.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 1. Quartal 1918. M.	798530,50
„ Guthaben diverser Zahlstellen bei der	
Zentralkasse	2093,22
„ Lokalfondsbeiträgen	77955,45
„ sonstigen Einnahmen	20873,04
Summa ... M.	899452,21

Ausgaben.

Per örtliche Ausgaben ... M.	74037,34
„ Vermögensbestand am Schlusse des 2. Qu. „	825414,87
Summa ... M.	899452,21

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 1. Quartal 1918. M.	4365763,91
„ Eintrittsgebühren	1318,—
„ Zentralfonds-Wochenbeiträgen	172636,05
„ diverser Verbandsliteratur	24,—
„ Bücherfuderale	12,60
„ Duplikaten	8,25
„ Kopierportagemarken	49,35
„ Zinsen	8213,30
„ diverser Einnahmen	717,19
Summa ... M.	4548742,65

Ausgaben.

Per Agitation	M. 38937,88
„ Arbeitslosenunterstützungen	1307,50
„ Familienunterstützungen	6920,55
„ Gemäßigtenunterstützungen	100,50
„ Konferenzkosten	4539,92
„ Rechtsschutz	1699,13
„ Lebensversicherung	3004,20
„ Reiseunterstützungen (Nachtrag)	5,—
„ Statistikkosten	1122,50
„ Streiks, Lohnbewegungen, Verhandlungen	1135,60
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“	1351,—
„ verbrannt. Handwerkszeug (Entschädigung)	354,10
„ Verwaltungskosten: a) zentrale	11687,49
b) sachliche	4902,09
„ Guthaben vom 1. Quartal an diverse Zahl- stellen zurück	2093,22
„ Vermögensbestand der Zentralkasse am Schlusse des 2. Quartals 1918.	4454860,43
„ Guthaben an diversen Zahlstellen	2561,54
Summa ... M.	4548742,65

Zur Laufe des 2. Quartals mußten 4 Zahlstellen infolge Einberufung sämtlicher Mitglieder ihre Tätigkeit vorläufig einstellen; 5 Zahlstellen konnten wieder neu eröffnet werden, so daß am Schlusse des 2. Quartals 612 Zahlstellen mit 19 716 Mitgliedern gezählt wurden.

Adolf Römer, Kassierer,
Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Obigen Rechnungsabluß mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bestätigen:
H. Cke, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.
Fritz Gubler, Gubler, Marienstr. 78, Revisor.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 5 (Brandenburg).

Am 15. September tagte in Berlin eine Gaunkonferenz für Brandenburg. Gauleiter Knüpper führte bei der Eröffnung aus: Wie auf früheren Tagungen in der Kriegszeit müsse auch diesmal wieder konstatiert werden, daß der Wunsch der Delegierten, das furchterliche Kriegstoben möge endlich ein Ende finden, leider immer noch nicht in Erfüllung gegangen ist. Wieder seien eine Anzahl Opfer auch aus unsern Reihen zu beklagen. In ehrender Weise sei derer gedacht. — Es waren 26 Delegierte aus 26 Zahlstellen, ein Vertreter des Zentralvorstandes und vier Mitglieder des Gauborstandes erschienen. 27 Zahlstellen waren nicht vertreten, sechs davon haben sich entschuldigt. Das Fehlen mag in der Hauptsache mit der mangelhaften Verkehrsgelegenheit zu erklären sein. Für die Leitung der Konferenz wurde widerspruchsfrei der Gauborstand bestimmt. — Kamerad Knüpper erstattete den Bericht über die Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt. Er gab einen Überblick über den Gang und den Verlauf der Verhandlungen. Es habe die Arbeitnehmerorganisationen wieder viel Mühe gekostet, um die Verhandlungen in Fluß zu bringen. Die erste Eingabe im Juli sei von den Arbeitgebern glatt abgewiesen worden. Erst als von Arbeitnehmerseite das Reichswirtschaftsamt darum angegangen sei, hätten sich die Arbeitgeber zum Verhandeln bereitwillig erklärt. Am 9. und 10. September habe die Verhandlung der beiden Parteien unter Mitwirkung jener Regierungsstelle stattgefunden. Das im „Zimmerer“ Nr. 38 bekanntgegebene Ergebnis sei aus den Verhandlungen hervorgegangen. Der Gang der Verhandlungen sei wieder ein zäher gewesen. Das Resultat habe bei weitem nicht das gebracht, was erwartet wurde. In einer Zeit, wo die Teuerung aller wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel so fabelhafte Sprünge gemacht hat und, wie zu erwarten, noch macht, konnte als billig bezeichnet werden, daß die Arbeitgeber unsern gewöhnlichen gehaltenen Wünschen in gerechter Weise entgegenkommen würden. Die diesmal erfolgte Staffehaltung kam in der Hauptsache auf Befürworten der Unternehmer zustande. Wenn aber aus der gegebenen Situation nicht mehr für uns herauszuholen war und die Vereinbarung angenommen wird, werden wir überall im Lande mit aller Energie danach hinstreben müssen, daß von den Unternehmern im vereinbarten Sinne verfahren wird. Das muß auch in den Orten der Fall sein, wo örtliche Verträge bestehen, und in Orten, wo die Unternehmer nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Da bis 24. September die Parteien über Annahme oder Ablehnung entschieden haben müssen, sei es nunmehr unsere Aufgabe, zu prüfen, wie wir uns zu dem Ergebnis stellen. Redner erwähnte sodann noch, daß bei den Verhandlungen die Denkschrift unseres Zentralverbandes eine gewichtige und erfolgreiche Rolle gespielt hat. Vielleicht werden jene Stellen, die in bezug auf Durchführung geordneter Lohn- und Arbeitsbedingungen ein recht mangelhaftes soziales Empfinden zur Schau tragen, nunmehr in besserem Sinne verfahren. In der Debatte wurde von allen Rednern Entschlossenheit geäußert, daß den gerechten Forderungen der Arbeiter nur zum Teil Erfüllung geworden ist. Anerkannt wurde jedoch, daß unsere Vertreter in der gegebenen Lage das Mögliche herauszuholen bemüht gewesen sind. Ferner kam in der Diskussion zur Sprache, daß von unserer Seite mit Nachdruck hingewirkt wird, daß, wie bereits bei der Verhandlung angeregt wurde, die Bauarbeiter fortan als Schwerarbeiter angesehen und entschädigt werden müssen. Nach dem Schlusssatz des Kameraden Knüpper wurde die Vereinbarung einstimmig angenommen. Ueber die Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes referierte Kamerad Wolgast, Hamburg. An der Hand wertvoller Zahlenmaterialien schilderte er, wie in den drei Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Weltkrieges unser Zentralverband aus bescheidenen Anfängen heraus mit seinen Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen zu bedeutender Höhe zum Nutzen vieler Tausender Berufsgenossen herangewachsen ist. Nun aber hat der lange Krieg auf finanziellem Gebiet so ungeheure Veränderungen gezeitigt, daß der Zentralverband sich veranlaßt gesehen hat, eine Regelung dieser Einrichtungen der Generalversammlung im kommenden Frühjahr in Vorschlag zu bringen. Bis dahin soll die Frage diskutiert und möglichst geklärt werden. In der Aussprache hierzu brachten die Redner zum Ausdruck, daß diese Einrichtungen einen zeitgemäßen Ausbau bedürfen und die Bearbeitung der Angelegenheit sehr wohl am Platze sei. Eine Abstimmung darüber wurde jedoch im Augenblick als unzulässig angesehen. Die Regelung der Gehälter der Angestellten des Verbandes wurde im angeregten Sinne gutgeheißen. Die Gehälter sollen um das Erhöhte werden, was die bewilligte Teuerungszulage für die Kameraden im allgemeinen bringt. Mit einem Schlusssatz des Kameraden Witt, Berlin, das den Delegierten auf dem Weg gibt, im Sinne der auf der Gaunkonferenz getroffenen Beratungen und erzielten Resultate in den Zahlstellen zu berichten und zum Guten der Organisation zu wirken, fand die Konferenz ihren Schluß.

Gau 7 (Mecklenburg).

Am 15. September 1918 fand für beide Mecklenburg eine Konferenz in Güstrow statt. Von den im Bezirk vorhandenen 61 Zahlstellen mit 757 Mitgliedern hatten sich 45 zur Konferenz angemeldet, hiervon hatten sich jedoch 11 Zahlstellen nachträglich entschuldigt wegen Eintritts von Krankheit oder Verkehrsbehindernissen, 6 hatten von vornherein wegen Verkehrsbehindernissen verzichtet und 9 hatten keine Auskunft gegeben. Der Gauleiter gab weiter bekannt, daß nach den bisherigen Meldungen aus den Zahlstellen 175 Kameraden auf dem Schlachtfelde gefallen seien und außerdem seien während der Kriegszeit 57 Kameraden gestorben, was größtenteils auf Unterernährung zurückzuführen sei. Die Delegierten erboten die aus dem Leben geschiedenen Kameraden in üblicher Weise. Kamerad Schumann vom Zentralvorstand ging in längeren Ausführungen auf die zentralen Verhandlungen zur Erlangung einer weiteren Teuerungszulage ein. Zu Anfang habe es den Anschein gehabt, als würde es überhaupt zu keiner Verständigung kommen. Die Sprecher des Arbeitgeberbundes wollten für die Orte unter 5000 Einwohner zuerst gar nichts

bewilligen; nachdem sie sich herbei, vom 1. August 1918 3 und vom 1. Februar 1919 2 3 anzubieten, indem sie auf ihre Mitglieder Rücksicht nehmen müßten. Die Notlage spiele in den kleinen Orten nach Ansicht der Arbeitgeber keine Rolle, die Teuerung trete dort nicht in Erscheinung. In den Orten bis zu 100 000 Einwohnern boten sie in beiden Positionen je 5 3 und in den noch größeren Orten 10 und 7 3, so daß das Gesamtergebnis 5, 10 und 17 3 betrug. Die Arbeitgebervertreter forderten jedoch nur eine Staffehaltung, nämlich für die kleinen Orte 40 3 und für die größeren Orte 50 3. Die Arbeitgeber lehnten diesen Antrag als undisputabel ab und meinten, daß dann eine weitere Verhandlung überflüssig sei. Da im Plenum keine Verständigung zu erzielen war, wurde eine engere Kommission gewählt. In derselben erhöhten die Arbeitgeber ihr Angebot, indem die zweite Staffel nicht erst am 1. Februar, sondern schon am 1. Januar erfolgen sollte, und boten 10, 20 und 25 3. Im letzten Augenblick kam die in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ bekanntgegebene Verständigung zustande. Wenn auch durch diese Vorlage nicht alles das erreicht sei, was unsere Kameraden notwendig zu ihrem Lebensunterhalt gebrauchen müßten, so möchte er trotzdem der Konferenz die Annahme empfehlen. In der recht regen Diskussion wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß durch diese Vorlage die Teuerung lange nicht gedeckt sei, die Arbeitgeber hätten unter Berücksichtigung der Notlage weit höhere Zugeständnisse machen können, wenn sie nicht allein auf ihren Vorteil bedacht gewesen wären. Alle Redner betrachteten dieses Ergebnis nur als Abschlagszahlung und stimmten der Vorlage nur zu, weil unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen sei. Es wurde aber auch der Wunsch geäußert, daß bei den zukünftigen Vertragsverhandlungen speziell die Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt werden müßte, indem bei der heutigen Lebensweise keiner umstände sei, zehn Stunden arbeiten zu können, wenn er sich seiner Familie noch längere Jahre erhalten wolle. Die Abstimmung ergab, daß sämtliche 35 Delegierte der Vorlage zustimmen. Von diesen Delegierten gehörten zwei bis zu 5 Jahren der Organisation an, sechs waren 5 bis 10 Jahre Mitglied, dreizehn 10 bis 15 Jahre, vier 15 bis 20 Jahre, zwei 20 bis 25 Jahre, vier 25 bis 30 Jahre und vier waren über 30 Jahre Mitglied. Nach dieser Abstimmung wurde durch den Gauleiter den Delegierten vor Augen geführt, daß sie jetzt für die Mitglieder diese Lohnerhöhung erreicht hätten, sie möchten aber auch an die Angestellten der Organisation denken; denn auch diese hätten unter der Teuerung zu leiden. Von allen Seiten wurde dann recht lebhaft geäußert, daß man es für selbstverständlich halte, daß diese Lohnerhöhung auch den Angestellten zugute kommt und bedürfe es darüber gar keiner Abstimmung. Ueber die Erweiterung unserer Unterstützungseinrichtungen sprach Kamerad Schumann. Die Sätze der Unterstützungseinrichtungen in unserm Verbande seien periodenweise erhöht worden, und wollte man den heutigen Geldwert in Rechnung stellen, dann müßten die Sätze auch jetzt wiederum erhöht werden. Des weiteren seien auf früheren Generalversammlungen Anträge gekommen, eine Kranken- und Sterbeunterstützung mit einzuführen. Die Verbandsinstanzen wollten sich dem nicht weiter widersetzen, sondern wären gewillt, die Erwerbslosenunterstützung mit zur Einführung zu bringen. Selbstverständlich wäre aber, wenn dieses alles in Aussicht genommen wird, daß auch die Mitgliedschaft bereit ist, hierfür die erforderlichen Opfer aufzubringen. Auf den früheren Generalversammlungen sei festgelegt, daß der wöchentliche Beitrag 5 3 über einen Stundenlohn betragen solle. Während der Kriegszeit seien die Beitragssätze auf den Beitrag nicht angerechnet worden, aber die in Aussicht genommene Generalversammlung müßte hierzu Stellung nehmen. Wenn dieses alles durchgeführt werden sollte, dann genüge eine Beitragserhöhung von 10 und 20 3 nicht, sondern es müßte schon eine höhere Beitragssatzung in Aussicht genommen werden. Die Beitragspflicht sollte auch während des ganzen Jahres eingeführt werden und sollten die Erwerbslosen und Kranken vom Beitrag befreit werden. Damit nun der Hauptvorstand die Stimmung in den Mitgliedschaften kennen lernt, möchten sich die Delegierten hierüber äußern, weil auch hiernach die Vorlage eingerichtet werden müsse. Diese Vorlagen würden dann rechtzeitig zur Diskussion in den Mitgliedschaften vorzulegen sein. In der recht lebhaft einsetzenden Diskussion wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß es mit Freude zu begrüßen sei, daß die Unterstützungseinrichtungen erweitert und erhöht werden sollten; sie erblickten hierin eine Festigung unserer Organisation. Was die Beitragsleistung anbelangt, so wurden hier Einwendungen nicht erhoben, sondern es als selbstverständlich erachtet, wenn der Hauptkasse größere Lasten auferlegt werden, von Seiten der Mitglieder auch für deren Kosten aufzukommen sei. Sie legen aber auch keinerlei Befürchtungen, daß durch hohe Beitragserhöhungen die Gesamtorganisation geschädigt würde. Von einem Redner wurde darauf hingewiesen, daß eine gleichmäßige Verteilung der Lasten erstrebt werden müßte, um etwaige Ungleichmäßigkeiten zwischen großen und kleinen Zahlstellen zu beseitigen. Von einem Redner wurde darauf hingewiesen, daß die sechs wöchentliche Unterstützung genügend sei; er wünsche, daß von einer Verlängerung Abstand genommen, dafür aber die Sätze erhöht würden. In seinem Schlusssatz dankte Kamerad Schumann für die Bereitwilligkeit der Hauptvorstand wäre durch diese Aussprache befriedigt und würde auch die angeregten Wünsche berücksichtigen. In seinem Schlusssatz wies der Gauleiter auf die mecklenburgischen Verhältnisse hin und ersuchte die Delegierten, in der Zukunft mehr als bisher für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, damit wir auch den letzten Zimmern unserer Organisation zuführen. Mit einem dreimaligen Hoch auf unsere Organisation wurde dann die Konferenz geschlossen.

Gau 9 (Sitz Leipzig).

Unsere Konferenz fand am 15. September in Leipzig statt. Vertreten waren 29 Zahlstellen, 2 waren aus bestimmten Gründen nicht geladen, 4 hatten sich entschuldigt, 3 verzichteten auf eine Beschädigung und hatten den Gauleiter mit der Vertretung beauftragt, während von den restlichen 15 Zahlstellen irgendwelche Gründe über die Nichtbeschädigung der Konferenz nicht eingegangen sind. Unter den letzteren befinden sich auch Zahlstellen, die Vertreter gemeldet hatten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Bericht über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen und Stellungnahme hierzu, referierte der Gauleiter Gustav Laue. Er empfahl nach längeren Ausführungen die Annahme des Verhandlungsergebnisses. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde das Ergebnis als recht mager und ungenügend bezeichnet, um als Ausgleich für die wesentliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zu gelten. Wenn am Ende bei namentlicher Abstimmung 28 Delegierte gegen einen Delegierten dem Ergebnis die Zustimmung gaben, so geschah dies nur von der Erwägung aus, daß diese Vereinbarungen nur bis 1. April 1918 Gültigkeit haben.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Teuerungszulagen für die Angestellten des Verbandes, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß diese die Teuerungszulage in der vorgeschlagenen Höhe zu erhalten haben.

Eine verhältnismäßig lange Zeit nahm der dritte Punkt der Tagesordnung: Die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes in Anspruch. Kamerad Laue referierte auch hierüber. Die Meinungen über die Neueinführung von Unterstützungseinrichtungen innerhalb unserer Organisation gingen auseinander. Ein Teil der sich an der Diskussion Beteiligten war der Meinung, sich nur auf den Ausbau der bestehenden Einrichtungen zu beschränken, während der andere Teil es als dringend notwendig erachtete, daß eine Erweiterung stattfindet. Einstimmigkeit herrschte darüber, daß, wenn in irgendeiner Form eine Milderung eintreten soll, es auch notwendig ist, daß dementsprechende Beiträge erhoben werden; die Kampffähigkeit der Organisation darf dadurch in keiner Hinsicht geschmälert werden. In seinem Schlusssatz wies Kamerad Laue nochmals auf das Für und Wider derartiger Einrichtungen hin und betonte hierbei, daß gerade die Vergangenheit gelehrt habe, daß wir in unserm Verband mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung sehr gute Erfahrungen und Fortschritte gemacht haben. Er ist der Überzeugung, daß dasselbe auch eintreten wird, wenn wir weitere Unterstützungseinrichtungen einführen sollten, namentlich dann, wenn uns alle das Gefühl beseitigt, es muß vorwärts gehen, und wenn wir derartige Einrichtungen nicht als Zweck der Organisation betrachten, sondern nur als Mittel zum Zweck. Die namentliche Abstimmung ergab die einstimmige Annahme folgender Entschließung:

„Die heute am 15. September 1918 versammelten Delegierten des Gaus 9 sind der Überzeugung, daß die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften den Kampfescharakter derselben nicht abschwächen, sondern vielmehr mit dazu beitragen, daß dadurch die Organisation die Kraft erlangt, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Auf Grund dessen und der günstigen Erfahrungen, die wir in unserm Verband mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung gemacht haben, halten die Delegierten eine Erweiterung unserer Unterstützungseinrichtungen für wünschenswert und sind weiter der Überzeugung, daß bei einer jährlichen Mehrleistung von etwa M 20 an Beiträgen nicht nur die Unterstützungsfähigkeit der bisherigen Unterstützungseinrichtungen (Sickel, Krankengeld, Reise-, Arbeitslosenunterstützung usw.) den heutigen Verhältnissen entsprechend eine Verbesserung erfahren könnten, sondern sich auch die Neueinführung einer Kranken- und Sterbegeldbeihilfe ermöglichen läßt. Die Delegierten erachten es als ihre Pflicht, in ihren Zahlstellen diese Frage zu erörtern und derartig aufklärend zu wirken, daß die kommende Generalversammlung in dieser Frage eine Entschließung fassen kann. Von den Zentralinstanzen erwarten die Delegierten, daß sie möglichst bald — unter möglicher Beibehaltung des bisherigen zweimonatlichen Beitragsjahres — eine dementsprechende Vorlage den Mitgliedern unterbreiten.“

Nachdem zum vierten Punkt der Tagesordnung noch einige den Gau betreffende Angelegenheiten besprochen worden waren, erfolgte kurz vor 4 Uhr Schluß der Konferenz.

Gau 10 (Schleswig-Holstein).

Am 15. September fand in Hamburg eine Gaunkonferenz statt, um zu dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen über die Gewährung weiterer Teuerungszulagen sowie zum weiteren Ausbau unseres Zentralverbandes Stellung zu nehmen. Von den zum Gau gehörigen 60 Zahlstellen waren 30 durch 33 Delegierte auf der Konferenz vertreten; 30 Zahlstellen waren nicht vertreten, und zwar: Ahrensbüttel, Ahrensburg, Altona, Bergedorf, Brunsbüttel, Bullenhausen, Buxtehude, Burg a. F., Euxhafen, Delmenhorst, Friedrichsdorf, Geesthacht, Gadenlehen, Guxum, Jever, Kellinghusen, Lauenburg, Lüdensburg, Norden, Oldesloe, Reinbek, Schwarzenberg, Segeberg, Sonderburg, Stodolsdorf, Wandersdorf, Winsen, Bremerförde, Garstedt und Kalltenkirchen. Vom Zentralvorstand war Kamerad Ede und vom Gauborstand Kamerad Lehmann anwesend. Dem im Felde stehenden Gauleiter Albert Holtz wurde ein Begrüßungsschreiben mit den Unterschriften sämtlicher Konferenzteilnehmer überreicht. Auf Vorschlag von Ede übernimmt Steffens, Bremen, den Vorsitz und Lehmann, Hamburg, den Posten als Schriftführer. Kamerad Ede erstattete hierauf den Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der letzten zentralen Verhandlungen. Eine große Anzahl der Zahlstellen habe zur Lohnfrage Stellung genommen, gedrängt durch die Verhältnisse. Die gestellten Forderungen der Zahlstellen seien recht verschieden gewesen. Der überwiegende Teil der Zahlstellen habe die gestellten Forderungen nur dem Zentralvorstand übermittelt, während nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl der Zahlstellen die Forderungen auch ihren Arbeitgebern unterbreitet habe. Nach den im Vorjahre getroffenen Vereinbarungen sollten neue Verhandlungen über weitere Teuerungszulagen ja erst im Oktober dieses Jahres stattfinden. Die jetzigen Teuerungsverhältnisse haben aber dazu gedrängt, schon vor diesem Termin neue Verhandlungen zu beantragen. Seitens des Zentralvorstandes unseres Verbandes ist dem Reichswirtschaftsamt eine Eingabe unterbreitet worden, worin in überzeugender Weise die ungeheure Steigerung der Lebensmittel und der sonstigen Verbrauchsgegenstände in den verschiedenen Orten und Landesteilen in Deutschland nachgewiesen ist. Des weiteren ist in der Eingabe die systematische Veränderung des Tarifvertrages zum Schaden der Arbeitnehmer durch die Organisationen der Arbeitgeber des Baugewerbes und der verschiedenen Kriegsämter überzeugend nachgewiesen. Diese Maßnahmen haben bewirkt,

daß der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich nunmehr doch zu früheren Verhandlungen, als 1917 festgelegt war, bereit erklärte. Der erste Tag sei ein Kampf gegen die Vertreter der Arbeitgeber, der zweite ein Kampf mit dem Vertreter vom Reichswirtschaftsamt gewesen, obgleich von letzterem die bestehenden Teuerungserhältnisse ausstandslos anerkannt wurden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, Herr Behrens, vertrat den Standpunkt, daß die kleineren Orte nichts erhalten sollten, in den größeren Orten müsse eine Staffelung der neuen Zulagen stattfinden. Seitens der Vertreter der drei Zentralvorstände seien die Forderungen der Mitgliedschaften auf eine erhebliche Lohnerhöhung sehr energisch vertreten worden. Trotz aller Bemühungen ist es aber nicht gelungen, die Arbeitgebervertreter für die seitens der Arbeitnehmervertreter aufgestellten Lohnsätze zu interessieren. Am dritten Verhandlungstage habe man die in voriger Nummer des „Zimmerer“ bekanntgegebenen Vereinbarungen getroffen. Bis zum 25. September sollen die Erklärungen der Parteien über die Annahme der getroffenen Vereinbarungen vorliegen. Eine Verlängerung des Tarifvertrages, wie bei früheren zentralen Vereinbarungen, sei diesmal nicht vorgesehen worden, somit läuft der Tarif zum 31. März 1919 ab, wenn nicht im nächsten Frühjahr eine Vereinbarung über die Erneuerung des Tarifes getroffen wird. Unser Zentralvorstand hat somit Gelegenheit, sich eingehend mit dieser Sachlage zu befassen. Am Schlusse seiner Ausführungen bemerkte der Redner, wenn auch das jetzige Ergebnis mehr biete, als bei früheren zentralen Verhandlungen erzielt wurde, werde es doch wohl nicht allgemein befriedigen, da die Wünsche und Forderungen vieler Zahlstellen nicht voll und ganz erfüllt seien. Wir könnten das Angebot jedoch nicht ablehnen, da sonst in absehbarer Zeit durch Verhandlungen überhaupt nichts erzielt werde. Er ermahnte um Annahme der Vereinbarungen. Bei Annahme der getroffenen Abmachung sei es aber auch Pflicht aller Zahlstellen, alles daranzusetzen, daß die Vereinbarung auch voll und ganz durchgeführt werde. Falls die Unternehmer sich weigern sollten, die neuen Zulagen zu zahlen, so müsse der Kampf weitergehen.

Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Rohpfeiß, Hamburg, glaubt ja, daß unsere Vertreter bei den zentralen Verhandlungen alles versucht hätten, um den Wünschen und Forderungen der Zahlstellen Rechnung zu tragen, das Verbot sei jedoch viel zu ungenügend und daher nicht annehmbar. Mit dem Einkommen, das die Zimmerer nach den Vereinbarungen erhielten, könnten sie die Ausgaben nicht decken; bei der jetzigen Ernährungsweise leide unsere Arbeitskraft. Den minimalen Lebensbedürfnissen für die Arbeitnehmer ständen die Riesengewinne der Unternehmer gegenüber. Durch das Hilfsdienstgesetz seien die Arbeiter gebunden und könnten sich nicht wie früher frei betätigen. Sollte die Gaukonferenz den Vereinbarungen auch zustimmen, die Zahlstellen Hamburg und Umgebung lehnt sie ab. Gamm, Lübeck, erhebt gleichfalls um Ablehnung der Vereinbarungen, da durch die kürzere Winterarbeitszeit, die bald eintrete, die Zulagen ja wieder hinfällig würden. Wir könnten durch Ablehnung des Gebotenen ja nichts verlieren. In Lübeck liege die Sache so, daß kein Arbeitgeber mehr als vereinbart zahlen dürfe. Reiß, Geestemünde, tritt in längeren Ausführungen für die Annahme der Vereinbarungen ein; es müsse auch Rücksicht auf die kleineren Zahlstellen genommen werden. Diese würden es nicht verstehen, wenn das Gebotene abgelehnt und die Mitglieder dadurch in ihrem Lohneinkommen geschädigt würden. Bernicke, Flottbek, schilderte die Verhältnisse in seiner Zahlstelle, wo die Tischler jetzt mehr verdienen als die Zimmerer, und trat gleichfalls für die Ablehnung der Vereinbarungen ein. Baetzke, Hamburg, ist gegen die Annahme und verweist auf Berlin, wo die Zimmerer Stundenlöhne bis zu M 2 und darüber erzielt hätten. Steffens, Bremen, befürwortete recht warm die Annahme der Vereinbarungen. Im Interesse der Allgemeinheit dürften wir das Gebotene nicht ablehnen. Auch in Bremen sei es möglich gewesen, durch besondere Vereinbarungen über Kleidergeld usw. den Lohn der Zimmerer über die tarifliche Höhe zu bringen. Die Zahlstellen müßten im Sinne des Artikels „Die Lohnfrage“ im „Zimmerer“ Nr. 27 weiterarbeiten, dann würde der Erfolg auch nicht ausbleiben. Kamerad Ede erläuterte die Berliner und die Hamburger Arbeitsverhältnisse während der Kriegszeit. Während in Berlin die Kriegsbauten und Heeresarbeiten sofort bei Kriegsbeginn in großer Anzahl zur Ausführung gelangten, waren in Hamburg zunächst gar keine Kriegsarbeiten. Von Hamburg hätten die Arbeitgeber anderer Orte immer Arbeitskräfte erhalten können. Auch jetzt seien noch recht viele Hamburger Kameraden auswärts beschäftigt. Die Mißstimmung unter den Kameraden, hervorgerufen durch die Kriegsverhältnisse und Kriegsmassnahmen, sei erklärlich; verkehrt sei es aber, diese Mißstimmung auf die Organisation zu übertragen oder die Organisation dafür verantwortlich zu machen. Unsere Organisation müsse sich mit den Kriegsmassnahmen abfinden; Streiks, wie in Friedenszeiten, könnten jetzt nicht geführt werden. Wir müßten uns wohl oder übel den Kriegsverhältnissen anpassen, damit unsere Organisation erhalten bleibe. Nach Beendigung des Krieges müsse die Organisation stark und kräftig sein, um die Interessen der Kameraden vertreten zu können. Diedrich, Hensburg, schilderte die Lohnverhältnisse in seiner Zahlstelle und trat für die Annahme der Vereinbarungen ein. Behmann, Hamburg, betonte, daß das Gebotene keineswegs zufriedenstellend sei; die Wünsche und Forderungen der Hamburger Mitgliedschaft seien nicht erfüllt worden. Trotzdem müßten wir uns aber die Frage vorlegen, was geschehen soll, wenn wir das Angebot ablehnen. Einen Kampf wie in Friedenszeiten könnten wir nicht führen, da wir durch die Kriegsmassnahmen daran gehindert würden. Die Bauarbeiter würden, das stehe heute schon fest, den Vereinbarungen zustimmen. Mindestlöhne, wie solche in dem Artikel „Die Lohnfrage“ im „Zimmerer“ Nr. 27 angedeutet seien, hätten wir in Hamburg bisher nicht gekannt, sondern immer nur Einheitslöhne. Die Organisation der Arbeitgeber des Baugewerbes in Hamburg wache mit Argusaugen darüber, daß kein Arbeitgeber mehr als festgelegt zahle. Trotzdem haben es auch unsere Kameraden bei verschiedenen Arbeitgebern verstanden, ihr Lohneinkommen zu erhöhen. Die Verhältnisse zwingen uns dazu, diesen Weg weiter zu

verfolgen. Martens, Kiel, zog Vergleiche zwischen dem Lebensunterhalt eines Zimmerers in Kiel und in Hamburg. In Kiel sei der Lebensunterhalt noch erheblich teurer als in Hamburg, wie zahlenmäßig nachgewiesen sei. Trotzdem würden die Vertreter der Zahlstelle Kiel für Annahme der Vereinbarungen eintreten im Interesse der Allgemeinheit der Zimmerer Deutschlands. Das Gute bei den diesmaligen Vereinbarungen sei, daß der Tarif nicht verlängert worden ist und demnach mit dem 31. März 1919 abläuft. Bis dahin müßten wir die Zeit ausnützen, um unsere Organisation in jeder Weise auszubauen und zu stärken. Beim Ablauf beziehungsweise bei der Erneuerung des Tarifvertrages müsse dahingehend gestrebt werden, die Teuerungszulagen auf die Stundenlöhne umzulegen. Hierzu müßten wir aber gerüstet sein. Rohpfeiß, Hamburg: Die Organisation muß unter allen Umständen hochgehalten werden, um sie bei Ablauf des Tarifes gebrauchen zu können. Die Unzufriedenheit auf den Zahlstellen ist groß, das Mißtrauen nimmt zu. Redner ersucht nochmals um Ablehnung der Vereinbarungen. Im seinem Schlußwort bemerkt Kamerad Ede: Falls eine Organisation die getroffenen Vereinbarungen ablehnen sollte, gelte die Vereinbarung überhaupt als abgelehnt. Es könne darum nichts weiteres geben, als der Vorlage zuzustimmen. Die übergroße Mehrzahl unserer Kameraden würde es nicht verstehen, wenn wir den Vereinbarungen die Zustimmung versagen würden. Wir müßten weiter in Betracht ziehen, daß bei Ablehnung der Vereinbarungen neue Verhandlungen vorläufig überhaupt nicht stattfinden würden. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe würde ohne weiteres auf neue Verhandlungen verzichten und auch das Reichswirtschaftsamt als Vermittler würde sich neuen Verhandlungen gegenüber ablehnend verhalten. Darum dürfen wir uns nicht ablehnend verhalten. Wo bereits höhere Löhne eingeführt sind, müssen diese unter allen Umständen gehalten werden; hier müßten die Zahlstellen sich betätigen, um Lohnhinzulagen abzuwehren. In Betracht müsse ferner gezogen werden, daß die Organisation durch die neuen Vereinbarungen nicht mehr so beeengt sei, wie bei den früheren, da der Tarif am 31. März 1919 ablaufe; bis zu dieser Zeit müsse alles getan werden, unsere Organisation auf die Höhe zu bringen.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergibt: 25 Zahlstellen stimmten für Annahme der zentralen Vereinbarungen und 5 Zahlstellen dagegen. Gegen die Annahme der Vereinbarungen stimmten die Vertreter der Zahlstellen Flottbek, Hamburg, Iphoe, Lübeck und Oldenburg. Ein Antrag, auch sämtlichen Angehörigen des Verbandes dieselbe Zulage zu gewähren, fand ohne Debatte einstimmige Annahme.

Ueber den „Ausbau unseres Zentralverbandes“ führte Ede aus, daß Anzeichen vorlägen für einen baldigen Frieden und ein Ende des Blutvergießens. Neue Aufgaben würden an die Organisation herantreten. Redner gibt einen Überblick über den Stand der Mitgliederbewegung im Gau 10 und erhebt die Zahlstellen, eine energische Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu betreiben. Da zu Weihnachten dieses Jahres wiederum eine nochmalige Familienunterstützung der zum Heeresdienst Eingezogenen ausbezahlt würde, müßten alle Zahlstellen die genauen Adressen der eingezogenen Mitglieder feststellen, damit diese bei ihrer Entlassung sofort der Organisation wieder zugeführt würden. Des weiteren gibt Ede einen Überblick, wie sich die Situation im Baugewerbe nach Beendigung des Krieges gestalten werde. Wir würden zunächst wohl mit einer recht klauen Konjunktur und größerer Arbeitslosigkeit infolge Materialmangels und Geldknappheit rechnen müssen. Deshalb sei es unbedingt notwendig, die Unterstüßungseinrichtungen unseres Verbandes ganz wesentlich auszubauen. In erster Linie müsse die Arbeitslosen- und Streikunterstützung infolge der Geldentwertung erheblich erhöht werden. Bei höheren Unterstüßungssätzen müsse hierbei die Dauer der Verbandszugehörigkeit maßgebend sein. Desgleichen müsse unser Verband endlich die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung vollziehen. Den alten Verbandsmittgliedern müsse bei den neu einzuführenden Unterstüßungseinrichtungen ihre Verbandszugehörigkeit angerechnet werden. Es müsse überhaupt mehr für die alten Verbandsmittglieder getan werden. Im Frühjahr 1919 werde die nächste Generalversammlung unseres Verbandes stattfinden. Bis dahin wird der Zentralvorstand den Zahlstellen diesbezügliche Vorschläge zum Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen unterbreiten. Der Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen bedinge aber eine dementsprechende Erhöhung der Beiträge. Arbeitslose und kranke Mitglieder würden vom Beitrag befreit werden. Das Wahlreglement zur nächsten Generalversammlung müsse dem Mitgliederbestand nach eine Änderung erfahren. In der hierauf folgenden Diskussion traten alle Redner für den Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen ein. Während Rohpfeiß (Hamburg) nur die Erhöhung der Arbeitslosen- und Streikunterstützung befürwortete, betonen Martens (Kiel), Behmann (Hamburg), Reiß (Geestemünde) und Gamm (Lübeck) ihre volle Sympathie auch für die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung. Besonders wurde hervorgehoben, daß jetzt viele Mitglieder, die schon lange dem Verbandsangehören, Arbeitslosenunterstützung aber noch nicht bezogen haben, bei eintretender Krankheit es recht übel permerken, wenn sie dann keine Unterstüßung für die Dauer der Krankheit erhalten.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab Kamerad Steffens einen Überblick über den Verlauf der Konferenz und ersuchte die Delegierten, namentlich auch in ihren Zahlstellen für die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse einzutreten, in der Agitation nicht zu erlahmen und schloß hierauf die Konferenz.

Gau 13 und 14 (Nord- und Südbayern).

In Regensburg fand am 15. September eine Konferenz für Süd- und Nordbayern statt, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen vom 9. und 10. September, betreffend die Teuerungszulagen, Stellung zu nehmen. Außer den Delegierten der Zahlstellen waren die Gauleiter Süd- und Nordbayerns sowie Kamerad Schrader als Vertreter des Zentralvorstandes zugegen. Kamerad Schrader berichtete über die Vorgeschichte dieser Bewegung, betreffend eine neue, vierte Teuerungszulage, und den Verlauf der sich an

dieselbe angehängten Verhandlungen. Er schilderte die großen Schwierigkeiten, auf die unsere Verhandlungskommission stieß und die geradezu unglaubliche Verstandnislosigkeit der Unternehmervertreter, die diese gegenüber der mehr als trostlosen Lage der Zimmerer an den Tag legten. Mit Fängen und Würgen sei man zuguterletzt zu dem inzwischen wohl allen Kameraden bekannten Ergebnis gekommen. Die Diskussion, die äußerst lebhaft einsetzte, übte schärfste Kritik an der Haltung der Unternehmervertreter. Allgemein wurde bedauert, daß die Vertreter der Arbeitgeber, die doch mit Vorliebe vom Durchhalten predigen, ihren Arbeitern diese Möglichkeit systematisch rauben. Unverständlich sei, daß gerade Kreise, denen bekanntlich auch das Unternehmertum des Baugewerbes angehöre, die sich dazu geboren fühlen, im öffentlichen Leben die Vermittlungs- und Befähigungsrolle zu spielen, den ohnedies in so hohem Maße vorhandenen Explosivstoff in der Arbeiterschaft durch ihr Verhalten nach mehrten. Allgemein wurde hervorgehoben, daß es ungemein schwer sei, in dieser kritischen Stunde das Richtige zu treffen. In Würdigung aller Umstände und besonders der der Arbeiterschaft zurzeit anhaftenden Fesseln wurde dann folgende Entschließung angenommen: „Die am 15. September tagende Konferenz der Zimmerer Bayerns erklärt, daß das von den Vertretern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe gemachte Angebot, die vierte Kriegsteuerungszulage betreffend, den heutigen Teuerungserhältnissen in keiner Weise entspricht. Es zeugt von recht wenig sozialem Verständnis der betreffenden Vertreter, wenn sie glauben, daß mit 15 bis 25 % pro Stunde die Notlage der Zimmerer behoben sei. Wenn die Konferenz trotzdem ihre Zustimmung zu dem Angebot gibt, dann in der bestimmten Erwartung, daß bei Abschluß eines neuen Vertrages die Stundenlöhne einschließlich der Teuerungszulagen so hoch gesetzt werden, daß sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.“

Im weiteren Verlauf der Tagung berichtete Schrader über die in unserm Zentralverband geplanten Reformen. Er hob hervor, daß durch die Verschiebung der Verhältnisse auch eine Änderung der Verbandseinrichtungen notwendig geworden und nicht mehr weiter zu verschieben sei. Die bisherige Auffassung, daß Reformen in der Zeit des Krieges aus verschiedenen Umständen nicht ratsam seien, sei einer andern gewichen, bedingt insbesondere durch den so rapid gesunkenen Wert des Geldes. (Im übrigen siehe den Artikel „Beitrags- und Unterstüßungseinrichtungen unseres Zentralverbandes“ in Nr. 37, Seite 146, des „Zimmerer“ vom 14. September 1918.) Die Diskussion hierüber zeigte im allgemeinen Einverständnis mit diesem Plane und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese bevorstehende Reform unsern Zentralverband zu dem zu machen, die Möglichkeit biete, was er im Kampfe um unsere wirtschaftliche Existenz sein soll. Die Konferenz hatte damit ihre Erledigung gefunden.

Unsere Lohnbewegungen.

Neue Verhandlungen für das Wiederaufbaugeschäft Ostpreußen finden am 25. September in Königsberg statt.

Das Zimmergeschäft Wittner in Weissenburg in Bayern zahlte nicht den Tariflohn. Infolgedessen wurde der Schlichtungsausschuß für den vaterländischen Hilfsdienst angerufen. Die Angelegenheit fand ihre Erledigung, wie es sich aus folgendem ergibt:

Protokollabschrift

über die Sitzung des Schlichtungsausschusses für den vaterländischen Hilfsdienst beim Landwehrbezirk Gunzenhausen, stattgefunden am 11. September 1918, 2 Uhr nachmittags, im kleinen Rathhause, Schwabach.

In Sachen der Zimmerer der Firma Wittner in Weissenburg gegen die Firma Oskar Wittner, Sägewerk in Weissenburg i. B., wegen Vertragserfüllung.

Anwesende: Vorsitzender: Oberleutnant d. M., I. Hofrat und rechtst. Bürgermeister Dümmler. Arbeitgeber: I. Kommerzienrat Fabrikbesitzer Karl Stellwaag, Schwabach; Großkaufmann Hans Schirmer, Gunzenhausen; Sägewerksbesitzer Johann Bauer, unständiger Beisitzer. Arbeitnehmer: Maurer Konrad Lammernann, Schwabach; Stampfmeister Jean Waderlein, Schwabach; Schreiner Ulrich Fischer, Schwabach, unständiger Beisitzer. Von den Beteiligten waren erschienen: 1. der mit Vollmacht von den Zimmerern Anoll und Rührer ausgestattete Gauleiter Herr Oskar Bromm, Nürnberg; 2. Frau Zimmerergeschäftsinhaberin Paula Wittner, Weissenburg, verbeistand vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Herrn Dobel, Weissenburg.

Der Vorsitzende konstatierte zu Eingang, daß der unständige Beisitzer Fischer erstmals sein Amt ausübe und verpflichtet denselben nach § 6 der Verfügungsanweisung vom 30. Januar 1917.

Weiter konstatierte der Vorsitzende, daß die Lohndifferenzen nur zwischen den Zimmerern der Firma Oskar Wittner und der letzteren bestehen. Anoll sei eingetreten etwa am 1. Mai und ausgetreten am 31. August 1918, während Rührer, eingetreten etwa am 1. Juni 1918, noch jetzt weiterarbeitet. Bezahlt wurden von der Firma bis 1. Juli 68 %, bis 24. August 70 % und von da ab 80 % Stundenlohn an die Zimmerer. Zunächst fand ein Einigungsversuch zwischen den streitenden Teilen gemäß § 69 G. G. statt. Zwischen den Erschienenen, nämlich dem Gauleiter Oskar Bromm, Vertreter der klagenden Zimmerer Anoll und Rührer, und Frau Wittner, Inhaberin der Firma Oskar Wittner, Weissenburg i. B., verbeistand durch den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Dobel-Weissenburg, kam zustande: 1. folgende Vereinbarung: Frau Wittner bezahlt vom Montag, den 9. September 1918, ab auf der Grundlage der Berliner Tarifvereinbarung vom 29. November 1917 und der vorausgegangenen Vereinbarungen an die in ihrem Betrieb beschäftigten Zimmerer nach § 4 des Tarifvertrages einen Mindeststundenlohn von 83 % einschließlich der bewilligten Kriegsteuerungszulagen. Herr Bromm akzeptiert als Vertreter der klagenden Zimmerer die vorstehende Lohnbewilligungserklärung. 2. Hinsichtlich der Nachzahlung der Differenz zwischen den bezahlten und den nach Tarif zu bezahlenden gemeinen Löhnen gibt der Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle gemäß § 13 G.-D.-G. folgenden Schiedsspruch ab: Frau Wittner ist schuldig an den

